

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Ich habe nichts anderes gesagt, aber ich bin dankbar, daß wir es noch einmal gehört haben.

(Beifall des Oliver Wittke [CDU])

Herr Hardt, bitte.

Heinz Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sicher reden wir heute in zweiter Lesung zum Haushalt 1997. Alle Etatpositionen stehen auf dem Prüfstand. Was wir im einzelnen zu den Einzelkapiteln sagen, müssen Sie letztlich uns überlassen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden uns an die vereinbarten Zeiten halten und stimmen dem im Grundsatz zu. Aber was wir in den zehn Minuten ausführen - auch in dem Bereich -, bestimmen wir letztlich selbst.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Die Koalitionsfraktionen haben auf **Abstimmung** bestanden. Ich lasse über den Antrag - von Frau Fischer noch einmal klar gestellt - abstimmen. Wer für diesen **Geschäftsordnungsantrag** ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Die Gegenprobe. - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

(B)

Dann können wir in die heutige Tagesordnung eintreten. Ich rufe auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 12/1610.

Wir beginnen mit

a) Umwelt und Raumordnung

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile dem Kollegen Reul von der CDU-Fraktion das Wort.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Der redet jetzt zur Sache, und zwar mit Leib und Seele! Der neue Umweltpolitiker! - Ministerin Bärbel Höhn: Herr Reul, was sagen Sie zur Umwelt?)

Herbert Reul (CDU): Herr Präsident! Frau Minister Höhn! Meine Damen und Herren! (C)

(Beifall bei der CDU)

Ich rede zum Haushalt 1997 - das ist die Tagesordnung, die uns gestern und heute vorliegt - und möchte dazu ein paar Ausführungen machen.

Wir hatten am Sonntag ein Jubiläum: 30 Jahre SPD in Nordrhein-Westfalen. Das war ein Jubiläum ganz besonderer Art.

(Beifall bei der SPD)

- Klatschen Sie nicht zu früh! - Als Sie die Regierung übernommen haben, hatten wir einen Schuldenstand von null.

(Zuruf von der SPD: Kommen Sie zur Sache, Einzelplan 10!)

Heute haben wir einen Schuldenstand von 142 Milliarden DM. Das läßt Frau Höhn im Haushalt keinen Spielraum mehr. Das ist die Konsequenz.

(Beifall bei der CDU)

Diese Verschuldung führt dazu, daß keine Handlungsspielräume mehr bestehen. Und Sie haben nicht die Kraft umzusteuern, zu sparen, zu konsolidieren. Nichts davon ist zu bemerken. Das hat uns früher, als die SPD allein regierte, nie überrascht. Da waren wir uns alle mit Frau Höhn einig, daß die SPD eine verbrauchte, unbewegliche Truppe ist. (D)

(Beifall bei der CDU)

Aber dann kamen ja Frau Höhn und die frischen Kräfte in die Regierung. Und was hat sich seitdem geändert? Gar nichts!

(Beifall bei der CDU)

Es wird immer noch nicht gespart, es wird immer noch nicht umgesteuert. Das einzige, was sich geändert hat, ist: Die Posten werden auf zwei Parteien statt auf eine Partei verteilt.

(Beifall bei der CDU - Stefan Frechen [SPD]: Einzelplan 10! - Bodo Hombach [SPD]: Zur Sache!)

Jetzt liegt der Haushalt vor, ganz konkret auch für den Einzelplan 10, der keinerlei Ansätze zur Konsolidierung, zum Sparen und zum Umsteuern erkennen läßt. Überhaupt nichts!

(Beifall bei der CDU)

Dabei weiß jeder, daß Umsteuern notwendig ist. Jeder, den Sie auf der Straße fragen, kann Ihnen

(Reul [CDU])

(A) erklären, daß es Zeit zu einer Veränderung ist. Aber dazu, hier umzusteuern, fehlt Ihnen die politische Kraft.

(Birgit Fischer [SPD]: Der Reul kennt den Einzelplan nicht.)

Wer sich um 70 Millionen DM bei Einzelmaßnahmen wochenlang balgt und streitet, der wird das Umsteuern nie schaffen. So ist das!

(Beifall bei der CDU)

Dem fehlt die Kraft. Deshalb hat bietet der vorliegende Haushalt - Helmut Linssen hat das gestern deutlich gemacht - überhaupt keine gründliche und ehrliche Grundlage für Perspektivpolitik.

(Bodo Hombach [SPD]: Er hat ihn nicht gelesen! - Heinz Hunger [SPD]: Lesen Sie den Pressespiegel!)

Sie können überhaupt nicht über Details reden, wenn Sie diese Frage nicht beantwortet haben. Jede Einzelmaßnahme im Haushalt 10 hängt davon ab, wie die Grundlagen gestaltet werden oder nicht gestaltet werden. Und wenn das nicht zur Mitte der Legislaturperiode geschieht, wann denn sonst?

(B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Kollege Reul, würden Sie eine Frage von Herrn Frechen zulassen.

Herbert Reul (CDU): Nein, das lassen wir heute einmal sein!

(Heinz Hardt [CDU]: Nein! 10 Minuten!)

Dieser Haushalt steht auf einer unsoliden Finanzbasis.

Und was ist der zweite Punkt? - Wahr ist, daß nach der regionalisierten Steuerschätzung im nächsten Jahr rund eine Milliarde DM weniger an Einnahmen zu erwarten sind, und zwar unabhängig davon, ob man die Steuerschätzung im Mai, November oder sonstwann nimmt. Ich sage Ihnen schlicht und einfach, Herr Schleißer --- Sind Sie gar nicht da?

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Johannes Rau)

- Das wußte ich nicht, Entschuldigung! Im Haushalt von Herrn Schleißer fehlt im nächsten Jahr eine Milliarde DM. Die gibt es schlicht und einfach weniger.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Reul, darf ich noch einmal fragen? - Gilt es generell, daß Sie keine Fragen beantworten? Denn jetzt habe ich mehrere, die fragen wollen.

(C)

Herbert Reul (CDU): Das ist richtig. Ich habe nur wenig Zeit, sonst kommen wir zu gar nichts.

(Beifall bei der CDU - Gerd-Peter Wolf [SPD]: Sie haben keine Ahnung!)

Eine Milliarde weniger ist im Haushalt. Das weiß Frau Höhn, das weiß Herr Schleißer, das weiß Herr Rau. Das wissen Sie alle ganz genau. Trotzdem machen Sie weiter. Sie behaupten einfach, der Schleißer hat schon alles im Griff, es wird schon laufen. Gottvertrauen!

So geht das aber nicht, wenn man Haushaltsberatungen macht. Ich möchte wissen: Wie und wo wollen Sie denn diese Mindereinnahmen durch Sparmaßnahmen kompensieren? Wann gibt es denn einen Nachtragshaushalt? Gibt es vielleicht wieder eine Haushaltssperre? Letztes Jahr sollte es ja angeblich auch keine geben, und im Mai war sie dann da.

(Beifall bei der CDU)

Damit das klar ist, wollen wir es heute noch einmal vortragen;

(D)

(Bodo Champignon [SPD]: Das hatten wir gestern doch schon!)

Helmut Linssen hat es gestern auch vorgetragen: Wenn Sie in irgendeiner dieser Positionen

(Ewald Groth [GRÜNE]: Werden Sie konkret, Herr Reul!)

Veränderungen stattfinden lassen werden - am Ende des Haushaltes ist das ja nachzulesen -, dann haben der Herr Schleißer und Frau Höhn heute schon wieder die Unwahrheit gesagt. Das ist die Konsequenz.

(Beifall bei der CDU)

Also, nur der gute Glaube, es werde schon alles gerichtet werden, ist keine Antwort. Und daß wir uns darauf verlassen sollen, daß Sie es wohl in den Griff kriegen, reicht mir nun überhaupt nicht aus.

Wenn eine Opposition auf diesen Kardinalfehler Ihrer Finanzplanung jetzt nicht aufmerksam macht, dann wäre sie ihr Geld nicht wert.

(Beifall bei der CDU)

(Reul [CDU])

(A) Und deshalb hat Helmut Linssen das gestern gesagt.

Wir machen eine solch oberflächliche Debatte nicht mit.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Werden Sie konkret!)

Deshalb muß ich beim Einzelhaushalt 10 jetzt schon sagen - wir werden es in der nächsten Woche wieder sagen und in der Grundsatzdebatte thematisieren -:

(Beifall bei der CDU)

Das Ding, das Sie da eingebracht haben, steht auf ganz wackeligen Beinen.

Und wenn Sie es immer noch nicht begriffen haben, kann ich es Ihnen einmal erklären, wie das mit den Rechnungen ist: Wenn ein Bäcker 1 000 Brötchen backt, er aber nur 500 verkaufen kann,

(Zuruf von der SPD)

- Sie können auch einen Landwirt nehmen! -, und dann die Prognose erhält, daß er im nächsten Jahr 20 % mehr verkaufen kann, dann würde der gute Bäcker 600 Brötchen backen und Herr Schleußer 1 200, und er bliebe auf dem Rest sitzen.

(Lachen und Beifall bei der CDU)

(B) Das ist das Problem.

Jeder normale Mensch, jeder Privathaushalt, jedes Unternehmen würde bei veränderten Daten den Haushalt korrigieren, überprüfen. Bei uns geht das nicht. Warum nicht? Nicht, weil Herr Schleußer das nicht einsieht - er sieht es ja ein und hat es selbst angekündigt -, nein, weil er es nicht kann, da er genau weiß, daß es dann hier mit der rot-grünen Streitkoalition weitergeht, und er nicht zu Ende kommt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist schlicht und einfach das politische Problem dieses Haushaltes. Das ist es: Der Minister kann nicht zugeben, daß es Mindereinnahmen gibt, und sich nicht auf neue Haushaltsverhandlungen einlassen, weil er genau weiß, daß das wieder ein endloses Gezeter gibt. Der Streit ging über 70 Millionen DM und dauerte vier bis fünf Wochen. Wenn Sie er bei einer Milliarde genauso lange dauert, benötigen Sie ein Jahr, um zu Potte zu kommen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Von Ihnen liegt nicht einmal ein einziger Antrag vor!)

- Herr Trinius, schreien Sie nicht so laut. Das ist für die Stimme nicht gut.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Schleußer will die Zahlen vertuschen, weil er Zeit gewinnen will. Er hofft auf den lieben Gott und darauf, daß sich noch irgend etwas ergibt. Frau Höhn wird ihm dabei wahrscheinlich nicht helfen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich Ihnen: Das ist nicht zulässig, das ist nicht in Ordnung. Das ist keine saubere Debatte, die hier geführt wird,

(Gabriele Gorcitzka [SPD]: Da haben Sie recht! - Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

wenn Sie sich an diesen Fragen vorbeimogeln.

(Zuruf von der SPD)

- Von mir aus können Sie über Kommata im Haushalt reden, aber Sie müssen erst einmal die Grundfrage beantwortet haben.

(Beifall bei der CDU)

Damit das klar ist: Wir lassen uns von Herrn Schleußer nicht ver-"höhnern".

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Reul, darf ich noch einmal den Kolleginnen und Kollegen, damit das einmal klar ist, weil hier sehr viele Wünsche auf Nachfragen bestehen, sagen, daß Sie grundsätzlich keine Nachfragen zulassen.

Herbert Reul (CDU): Richtig! Bei zehn Minuten ist das angebracht, sonst kann man ja keinen Gedanken entwickeln.

(Birgit Fischer [SPD]: Einzelplan 10! - Stefan Frechen [SPD]: Zur Sache!)

Aus dem gleichen Grund, Herr Vesper, haben Sie auch Angst vor der Debatte über notwendige Umsteuerungs- und Konsolidierungsmaßnahmen.

(Roland Appel [GRÜNE]: Versuchen Sie einmal, zur Sache zu reden! - Stefan Frechen [SPD]: Der hat ja keine Ahnung von der Sache!)

- Herr Appel, Ihr Stil von eben war so daneben, Sie sollten für heute einmal das Maul halten. - Ent-

(Reul [CDU])

(A) schuldigung, ich nehme das zurück: den Mund halten.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

- Ich nehme es zurück: den Mund halten.

(Stefan Frechen [SPD]: Ist ja unglaublich! - Weitere Zurufe)

- Ich habe es doch selbst korrigiert. Entschuldigung!

Also, wissen Sie, wenn per Abstimmung verhindert werden soll, daß ich als freigewählter Abgeordneter hier meine Meinung sagen kann, dann kann ich auch klar sagen, daß es unfair ist, wie Herr Appell sich eben aufgeführt hat.

(Beifall bei der CDU)

Weil Sie Angst vor der rot-grünen Debatte haben, kann er die Zahlen nicht aufdecken und kann er auch kein Umsteuerungs- und Konsolidierungsprogramm in Gang setzen. Es ist klar, daß Sie das nie erreichen würden, da Sie ja jahrelang beschäftigt wären. Wahrscheinlich müßten die GRÜNEN noch einige Sonderparteitage einberufen, um zu Ergebnissen zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Ich sage noch einmal - Helmut Linssen hat das schon mehrfach vorgetragen: letzte Woche, gestern -: Wir sind bereit, auch bei solchen Umsteuerungsprogrammen mitzumachen.

Wir haben da keinen Nachholbedarf. Da, wo wir Verantwortung haben - in Kommunen und in Bonn -, beweisen wir Ihnen, daß wir bereit sind, Umsteuerungsmaßnahmen durchzusetzen, auch wenn es Krach gibt.

(Beifall bei der CDU - Lachen und zahlreiche Zurufe von SPD und GRÜNEN)

- Im Gegensatz zu Ihnen sind wir bereit, Wahrheiten anzunehmen und unpopuläre Sparmaßnahmen zu realisieren, auch wenn es Ärger gibt.

(Beifall bei der CDU - Reinhold Trinius [SPD]: Wo? - Unruhe)

Das unterscheidet uns. Aber Sie werden eingeholt, wenn Sie jetzt nicht bereit sind, beim Einzelplan 10 und bei den anderen Einzelplänen ehrlich zu reden.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN - Gisela Nacken [GRÜNE]: Sie sind doch nicht bereit! Nicht wir!)

Deshalb sage ich Ihnen in aller Klarheit noch einmal: Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch.

(Zahlreiche Zurufe von SPD und GRÜNEN: Wo denn? Wo denn? Wo denn?)

- Wenn Sie sich einmal die Mühe machen würden, gnädige Damen und Herren, die Drucksache 12/1595

(Zurufe von SPD und GRÜNEN - Stefan Frechen [SPD]: Einzelplan 10, Herr Kollege!)

- langsam: 1, 5, 9, 5 -, die auf dem Tisch liegt, zu lesen,

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Heute abend!)

werden Sie sehen, daß sie konkrete Vorschläge der CDU zum Umsteuerungskonzept enthält.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Umsteuerungskonzept heißt nicht, drei Erbsen hier und fünf Erbsen da wegnehmen, sondern den Haushalt wirklich umsteuern.

(Roland Appel [GRÜNE]: Wie in Bonn!)

Dann kommen Sie nicht daran vorbei, auch Einschnitte im freiwilligen Bereich vorzunehmen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Wo sind die Anträge?)

Und wenn Sie, statt einzuschneiden und zu sparen, draufsatteln, weil Sie Agenturen für Fahrradstationen beschäftigen, weil Sie Gutachter beschäftigen, weil Sie Lesben- und Schwulenreferate einrichten, dann haben Sie es nicht begriffen. Das ist das Problem, womit wir es hier zu tun haben.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Es geht jetzt nicht um neue Versuche, Experimente und sonstiges, sondern um Konsolidierung. Das heißt, wenn Sie sich vielleicht erinnern wollen, auf deutsch: sparen.

(Zurufe von den GRÜNEN - Roland Appel [GRÜNE]: Sie sind ein Minderheitenverleumder! - Gegenruf des Lothar Hegemann [CDU]: Sei vorsichtig!)

Unsere Einsparungsvorschläge sind auf dem Tisch. Sie sind auf dem Tisch bei Personaleinsparungen.

(Zurufe von der SPD: Wo denn? Wo denn?)

Auch hier in aller Klarheit: Seit Mitte der 90er Jahre machen Sie tausend Kommissionen, Organisationsuntersuchungen, Aufgabenkritik und

(C)

(D)

(Reul [CDU])

(A) anderes. Was ist herausgekommen? - Wir haben 10 000 Stellen mehr als vorher. Herzlichen Glückwunsch! Das ist eine Glanzleistung.

(Beifall bei der CDU)

Das hätte meine kleine Tochter alleine gekonnt. Es ist keine Kunst, ein paar Stellen mehr zu organisieren. Das Gegenteil müßte stattfinden!

Wir haben konkrete Vorschläge gemacht wie eine zentrale Stellenbörse. Wir haben zum Thema Immobilienvermögen des Landes präzise Vorschläge. Wir haben darauf hingewiesen und noch einmal angemahnt, Beteiligungsvermögen des Landes zu aktivieren, um Spielräume für Investitionen zu bekommen

(Stefan Frechen [SPD]: Die Redezeit! Das ist kaum noch erträglich! - Glocke des Präsidenten)

und Möglichkeiten, auch damit den Haushalt zu konsolidieren.

Wir sind für die Abschaffung der Ministerialzulage. Dafür war auch Herr Vesper einmal; das ist schon lange her.

(Minister Dr. Michael Vesper: Nein! Bin nicht dafür!)

(B) Insofern, meine Damen und Herren, gibt es eine Menge an ganz konkreten Vorschlägen: Verkleinerung des Parlaments, Verkleinerung der Ministerien - nicht Kleinkram, sondern auch strukturelle Ansätze.

(Zurufe von der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Reul, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Herbert Reul (CDU): Strukturelle Ansätze!

Sie haben nicht die Kraft, zum Beispiel die Verwaltungsstruktur in diesem Land so zu verändern, daß wirklich Einsparungen und Erleichterungen stattfinden. Solange Sie diese Kraft nicht haben, können Sie über Landwirtschaft und Umwelt diskutieren, solange Sie wollen, aber den Haushalt werden Sie nicht in Ordnung bringen. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren! Zunächst danke an Herrn Reul.

Die Rede und die Zwischenrufe, die bei uns angekommen sind, waren natürlich von der Situation und von der Diskussion stark geprägt. Ich werde jetzt zwei Ordnungsmaßnahmen verfügen: eine gegen Kollegen Reul, gerichtet an Kollegen Appel; ich nenne nur das Stichwort "Maul halten".

(Bodo Hombach [SPD]: Richtig so!)

Eine weitere geht an Kollegen Appel, der von "Minderheitsverleumder" gesprochen hat. Damit

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Sind wir quitt!)

ist das nach § 66 Abs. 1 der Geschäftsordnung verfügt.

Nächste Wortmeldung: Kollege Kasperek von der SPD-Fraktion.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Guten Morgen, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Heiterkeit bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Guten Morgen!

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Nach dem Umweltexperten Reul,

(Demonstrativer Beifall des Roland Appel [GRÜNE])

den ich in der Umweltdiskussion allerdings nach Jahren der politischen Arbeit hier noch nie erlebt habe, fällt es schwer, in die Sachdebatte einzusteigen, vor allen Dingen, nachdem seine Rede eher nach dem 11.11. geklungen hat, nicht nach dem 12.12.

(Beifall bei der SPD)

Der Umgang mit dem Parlament und das Parlamentsverständnis sprechen ja Bände. Eigene Vorschläge werden weder in der Haushaltsdebatte noch in Monaten umweltpolitischer Diskussionen davor gemacht.

(Herbert Reul [CDU] zeigt auf seine Ohren.)

Aber hier wird großspurig so getan, als hätte man die Weisheit mit Löffeln gefressen.

Was Sie hier heute abgezogen haben, Herr Kollege Reul, war nur der Versuch, die Bauchlandung von gestern wettzumachen. Selbst die "Rheinische

(C)

(D)

(Dr. Kasperek [SPD])

(A) Post" hat mit keinem Wort erwähnt, wie Sie gestern hier agiert haben.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sie wollten doch zur Sache sprechen! - Heinz Hardt [CDU]: Was ist denn mit "zur Sache sprechen"?)

- Bleiben Sie ganz ruhig, Herr Linssen. - Diese Bauchlandung gestern, die Sie heute gerade in eindrucksvoller Weise wiederholt haben ---

(Zahlreiche Zurufe von der CDU - Heinz Hardt [CDU]: Warten Sie ab! Wir lassen uns nicht verhöhnen! - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ihr Milliardenloch ist in aller Munde, Sir!)

Herr Präsident, können Sie irgendwie regeln, daß ---

Präsident Ulrich Schmidt: Was möchten Sie geregelt wissen?

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Ich möchte gern meine Rede halten!

(Brigitte Speth [SPD]: Sie müssen so schreien wie Herr Reul auch!)

(B) - Nein, ich schreie nicht wie Herr Reul. Das kann man selbst per Fraktionsbeschluß nicht von mir erwarten.

Gestern haben Sie danebengehauen, heute wieder. Das ist die konsequente Fortsetzung der Politik, die Sie seit einem Jahr hier betreiben.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Sind Sie der Umweltexperte? Sie sind Umweltverschmutzer!)

Sie haben vor einem Jahr angekündigt, Sie wollten die Widersprüche zwischen SPD und GRÜNEN aufdecken. Sie wollten die Regierung mit alternativen Vorschlägen jagen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten - Lothar Hegemann [CDU]: Es geht um Einzelplan 10!)

Sie haben die besten Leute in den Umweltausschuß geschickt und die tollsten Ankündigungen gemacht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten - Bodo Champignon [SPD] zur CDU: Jetzt hören Sie mal zu!)

Die rauhe Wirklichkeit sieht dagegen völlig anders aus.

Höhepunkt dieser Debatte war, daß Sie uns in der letzten Umweltausschußsitzung vorgeworfen haben, wir nähmen Ihre nicht gestellten Anträge nicht ernst genug.

(Werner Stump [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Sie wollen - das ist heute deutlich geworden - Zuweisungen an die Gemeinden für Investitionen kürzen. Sie wollen im Abwasser- und Naturschutzbereich kürzen. Sie wollen im Bereich Ökologieprogramm Emscher-Lippe kürzen. Sie wollen Zuweisungen an die Zweckverbände kürzen. Das ist die Liste der Ausgaben, die wir auf dem ökologischen Sektor vollziehen. Das ist die Umweltpolitik, die wir seit Jahren erfolgreich gemeinsam mit den Gemeinden durchführen.

Wollen Sie dazu Kürzungsvorschläge machen, wie Herr Reul das hier gerade angekündigt hat? Dann sagen Sie das bitte deutlich!

(Beifall bei der SPD)

Dann sage Sie bitte den Gemeinden deutlich, wo Sie kürzen wollen, wo Sie im Naturschutz kürzen wollen, wo Sie im Umweltschutz kürzen wollen, wo Sie bei Abwasser- oder Abfallpolitik kürzen wollen! Aber diese nebulöse Art und Weise, hier großspurig von einem "Umsteuern in der Umweltpolitik" zu reden und keinen einzigen konkreten Satz dazu zu sagen, das ist wirklich eine unsoliden und unseriöse Politik, die der Umweltpolitik nur schadet.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Kasperek, würden Sie eine Frage von Herrn Stump zulassen?

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): Nein, ich mache das jetzt genauso wie Herr Kollege Reul, daß ich keine Fragen zulasse.

Jedenfalls deutet sich ja heute das an, worauf wir in der Umweltpolitik seit einem Jahr händeringend warten: Wenn Sie schon keine konstruktiven Beiträge zur Umweltpolitik leisten können, dann machen Sie doch wenigstens Opposition! Darauf haben wir doch wenigstens Anspruch.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Wir hätten gern gewußt, wie denn Ihre Stellungnahmen und Ihre Vorschläge in der Umweltpolitik aussehen. Im Umweltausschuß erleben wir das

(C)

(D)

(Dr. Kasperek [SPD])

(A) nicht, in den umweltpolitischen Debatten, die hier stattfinden, erleben wir das nicht, und dort, wo angeblich die Stunde der Opposition schlägt, beim Haushalt, sehen wir das auch nicht.

Wir haben nämlich auch ein paar Fragen an Sie, zum Beispiel die, wie Sie Ihre Widersprüche in der Ökologie erklären wollen. Hier im Landtag halten Sie die ökologische Fahne hoch, werden die vollmundigsten Erklärungen abgegeben, etwa in der Abfallpolitik. Dort kann man sich an Ökologie kaum noch überbieten.

Hier fordern Sie die strikteste Einhaltung der TA Siedlungsabfall. Hier wollen Sie uns geradezu zwingen, noch thermische Abfallbehandlungsanlagen zu bauen. Hier verdammen Sie das Ablagern von Abfall auf Deponien, wenn der Abfall unbehandelt ist. Hier fordern Sie einen verbindlichen Abfallentsorgungsplan für das ganze Land.

Und vor Ort? Vor Ort sieht das völlig anders aus! Und nicht nur irgendwer in der CDU, sondern die gleichen Leute, die hier diese Forderungen stellen, machen dann im Lande Veranstaltungen, in denen sie vor dem "Zwang zur Verbrennung" warnen, in denen sie "Deponierung bis weit ins nächste Jahrhundert" fordern, die "Landtags-CDU sich gegen den MVA-Anschlußzwang" wendet und in denen sie selbst Widerstand gegen verbindliche Vorgaben auf regionaler und lokaler Ebene ankündigen.

(B) Das ist ein Musterbeispiel unwahrhaftiger Politik, ein Musterbeispiel von Opportunismus: Vor Ort wird jedem nach dem Munde geredet, und hier werden die großen Sprüche geklopft! Ökologisch ist das unverantwortlich, und unter Kostengesichtspunkten würde uns das alles nur teuer zu stehen kommen.

Ich möchte einige Grundsätze zur Umweltpolitik im Lande ansprechen; auf das Schwerpunktthema Abfall bin ich schon eingegangen.

Für die SPD in Nordrhein-Westfalen ist klar: Umweltpolitik wird nicht als Thema aufgegeben, nur weil zur Zeit die Ministeriumsleitung in anderen Händen liegt. Bei aller Wertschätzung, Frau Ministerin Höhn: Eine Arbeitsteilung dieser Art machen wir nicht mit, und die Initiativen unserer Fraktion in den Bereichen Abfallpolitik und Gewässerschutz machen ja beispielhaft deutlich, daß wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen Ökologie weiter im Zentrum unserer Politik sehen.

Wir können dabei auf einer Epoche erfolgreicher Umweltpolitik aufbauen, in der es gelungen ist, die größte Industrieregion Europas auf den Weg zur

grünsten Industrieregion zu bringen - alles immer gegen den Widerstand der Opposition! Die CDU war damals schon dabei. Konstruktiv war sie damals nicht, heute ist sie es genauso wenig. (C)

Nachdem wir uns jahrelang mit Sanierung und Reparatur beschäftigt haben, muß stärker die Umweltvorsorge in unser Blickfeld treten. Wir müssen den Einsatz energie- und ressourcenschonender Produktionsverfahren und Produkte vortreiben. Wenn wir das bei uns einsetzen und weltweit exportieren, ist das auch eine gelungene Verbindung von Ökologie und Ökonomie.

Zukunftsorientierte Umweltpolitik, über die ich gern heute auch mit der Opposition diskutiert hätte, was aber leider nicht stattfindet, muß weg von der End-of-pipe-Technologie, muß weg von immer neuen Gesetzen und Vorschriften. Genauso wenig reichen öffentliche Debatten über einzelne Schadstoffe oder Grenzwerte, um die tatsächlichen Belastungen der Umwelt zu vermeiden. Vielmehr müssen wir den Weg vom additiven zum produktionsintegrierten Umweltschutz,

(Beifall der Ministerin Bärbel Höhn)

vom nachsorgenden Reparaturbetrieb zum intelligenten Produktionsmanagement finden.

Ziel ist die Sicherung und Entwicklung des Standortes Nordrhein-Westfalen bei gleichzeitiger Orientierung auf eine nachhaltige Entwicklung. "Nachhaltige Entwicklung" - das ist das Thema, mit dem wir uns beschäftigen sollten, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Das ist eine Entwicklung, die Wirtschaft, Gewerkschaften, Politik, Bürgerinnen und Bürger gemeinsam betreiben müssen. Dazu gehört es auch, daß wir als Politik uns dieser Debatte nicht verweigern. Sie erweisen der Umwelt keinen Dienst, indem Sie sich einer konstruktiven Debatte auf diesem Gebiet entziehen. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir Sozialdemokraten, meine Damen und Herren, wollen einen Pakt für Arbeit und Umwelt, der die Nachhaltigkeit zur Grundlage hat. Uns geht es darum, die Bereiche Umwelt, Arbeit und Wirtschaft wieder stärker und neu miteinander zu verzahnen - gerade in Zeiten, in denen es wirtschaftlich nicht so gut geht. Dadurch überwinden wir die zu oft an Einzelinteressen orientierten Politikentwürfe der Vergangenheit, die zumeist in der Blockade von Interessensgegensätzen verharrt sind.

Deswegen müssen wir, meine Damen und Herren, auch mehr auf Kooperation, auf freiwillige Vereinbarungen, auf Selbstverpflichtungen hinarbeiten. Da, liebe Frau Höhn, haben wir auch hier noch

(Dr. Kasperek [SPD])

(A) Nachholbedarf. Ich bitte Sie und fordere Sie auf: Gehen Sie im Bereich der freiwilligen Vereinbarungen, der Kooperationen weiter! Gehen Sie offensiv an dieses Thema heran! Die Themen liegen auf der Straße: die Finanzierung des AAV, Branchenvereinbarungen, regionale Vereinbarungen. Die brauchen wir. Warten wir nicht darauf, daß irgendwann im Bundestag Grenzwerte beschlossen werden. Regeln wir die Probleme, die wir haben, so gut wir können, und wir können hier im eigenen Land eine Menge tun! Warten wir nicht auf gesetzliche Lösungen, packen wir die Probleme an, wo sie sich vor Ort stellen!

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Kasperek, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD): - Ich brauche noch eine Minute, Herr Präsident, dann bin ich fertig.

Unter den Bedingungen der heutigen wirtschaftlichen Situation, liebe Kolleginnen und Kollegen, wissen wir: Umweltpolitik findet schon längst nicht mehr nur im engeren Bereich des Umweltressorts statt; alle Politikbereiche von der Kommunalpolitik bis zur Wirtschaftspolitik haben ihre Auswirkungen auf die Umwelt und die Belastungen der Umwelt.

(B) Deshalb brauchen wir auch hier die Verzahnung der umweltpolitischen Diskussion über die einzelnen Politikfelder hinweg. Wir brauchen auch hier die nachhaltige Entwicklung, die stärker unter dem Gesichtspunkt der Effizienz von Umweltmaßnahmen diskutiert werden muß und die gleichzeitig die Folgekosten der umweltpolitischen Entscheidungen beinhaltet. Die Folgekosten für Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft müssen genauso bedacht werden wie die Ergebnisse. Sozialverträgliche Gebührenentwicklungen sind dabei ebenso wichtig wie die Verbesserung der Standortbedingungen für Produktion und Produkte.

Wir wollen deshalb die Umweltprobleme im Dreiklang von ökologischer Notwendigkeit, ökonomischer Vernunft und sozialer Verträglichkeit lösen. Der vorliegende Haushalt bietet dazu eine gute Grundlage, und deswegen stimmen wir ihm zu.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke, Kollege Kasperek. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abgeordnete Mai.

Gerd Mai (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn wollte ich für die Zuschauer und Zuhörer auf der Tribüne noch einmal folgendes klarstellen: Draußen wird von uns das Informationsblatt des Landtags verteilt. Dort steht unter der Überschrift "Das Etatrecht, das Königsrecht des Parlamentes" die Erläuterung - ich zitiere:

"Zu den vornehmsten und ältesten Rechten eines Parlamentes gehört das Recht, über den Staatshaushalt zu bestimmen. Allein das Parlament ist befugt, mittels Steuergesetzgebung ins Portemonnaie des einzelnen Bürgers zu greifen, um die für die Finanzierung der staatlichen Aufgaben notwendigen Gelder zu bekommen. Allein das Parlament, also die durch Wahlen demokratisch legitimierte Volksvertretung, ist befugt, über die Verwendung der eingenommenen Steuergelder zu verfügen."

Weiter heißt es zu "Die Haushaltsberatung": "Hier wird politisch abgerechnet."

(Lebhafter Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Was stellen wir fest: Die Opposition schweigt hier. Herr Linsen ist gar nicht mehr da. Das Presseecho war ja auch verheerend; was ich gelesen habe, lautete: Eigentor des Oppositionsvorsitzenden, Stunde der Opposition ohne die Opposition, Schuß nach hinten. Ich glaube, daß das Presseecho für sich spricht; es war eine einzige Enttäuschung.

Wie vereinbart, will ich deshalb zur Sache kommen, zu dem wichtigen Thema ---

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Mai, würden Sie bitte dem Präsidenten überreichen, was Sie gerade zitiert haben? - Vielen Dank.

Gerd Mai (GRÜNE): - Kennen Sie das nicht? Es ist aus Ihrem Öffentlichkeitsreferat.

(Heiterkeit)

Ich will die Gelegenheit nutzen, so wie wir es vereinbart haben, zur Umweltpolitik zu sprechen und an einigen Beispielen aus den Bereichen der Abfallpolitik, der Abwasserpolitik, des Gewässerschutzes, des Immissionsschutzes und der Landesplanung die rot-grüne Umweltpolitik unter der Federführung von Umweltministerin Höhn deutlich zu machen.

Gleich zu Beginn hat die Ministerin das neue Rahmenkonzept "Sonderabfall" vorgelegt, das ein Abrücken von den bislang geplanten Sonderabfallverbrennungsanlagen und von den Deponiestand-

(Mai [GRÜNE])

(A) orten beinhaltet. SPD und GRÜNE beschränken sich nun auf den Bau einer Untertagedeponie im Salzgestein - wohlgemerkt kein Untertageversatz -, mit der eine übertägige Deponie durch eine offene Tagebaugrube ersetzt werden soll. Damit haben wir GRÜNEN das umgesetzt, was wir vor den Wahlen gefordert hatten.

Den vorsorgenden Umweltschutz - Herr Kasperek hat das angesprochen - werden wir gemeinsam durch die Initiative "Produktionsintegrierter Umweltschutz", für den wir im Haushalt entsprechende Mittel vorgesehen haben, ausbauen.

Das ist notwendig; ich unterstütze das, was Herr Kasperek gesagt hat, weil der nachsorgende Umweltschutz, den wir uns leisten, für unsere Unternehmen bezüglich der Investitions- und der Betriebskosten immer teurer wird und für diese Unternehmen oft nicht mehr bezahlbar ist. Mit diesem Programm wollen wir deshalb gezielt ressourcensparende Technologien auf den Weg bringen, um auch im Bereich des Umweltschutzes weltweit wieder den führenden Platz einzunehmen, nachdem Deutschland inzwischen von den USA und Japan in punkto Umwelttechnologie überrundet worden ist.

(B) Meine Damen und Herren, nach dem Vorlagebeschluß des Oberverwaltungsgerichtes bezüglich des Sonderabfallizenzmodelles in Nordrhein-Westfalen muß nun eine tragfähige Lösung für die drängende Sanierung der über 20 000 Altlasten in Nordrhein-Westfalen gefunden werden. SPD und GRÜNE haben sich einvernehmlich darauf verständigt, vor einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes in Münster diesbezüglich keine Gesetzesänderungen vorzunehmen. Ein freiwilliges Lizenzmodell, das wir von seiten der Wirtschaft begrüßen würden, sollte allerdings zumindest das heutige Aufkommen von 50 Millionen DM jährlich erbringen.

Die beste Lösung wäre - das geht an die Adresse der Opposition, die dazu wieder schweigen wird -, wenn die Bundesregierung die Töpfer-Pläne einer bundesweit einheitlichen Abfallabgabe wieder auf den Tisch bringen würde, damit diese große Aufgabe der Altlastensanierungen in allen Ländern im Sinne eines Freiraumschutzes, des Umwelt- und Gesundheitsschutzes endlich vorangebracht werden kann.

Die Ministerin hat diese Auffassung der Koalitionsfraktionen der Wirtschaft und den Entsorgungsunternehmen mitgeteilt, die jetzt am Zuge sind. Ich rechne im nächsten Jahr - wie bei der Entscheidung über die Wasserentnahmeabgabe - mit einer positiven gerichtlichen Entscheidung. Dann steht

das Thema "Abfallabgabe, Umweltabgabe" hier wieder auf der Tagesordnung. (C)

Zur Siedlungsabfallpolitik liegt auch ein Konzept der Ministerin vor, zu dem es - wie ich meine - keine sinnvolle Alternative gibt.

Wir haben gehandelt; die Ministerin hat das Konzept in der letzten Woche noch einmal vorgestellt:

Erstens: weitere Abfallvermeidung und ökologisch sinnvolle Verwertung, zum Beispiel durch die Einführung einer flächendeckenden Kompostierung in allen Städten und Gemeinden dieses Landes.

Zweitens: Deponien, die dem Stand der Technik nicht entsprechen, werden geschlossen. Wir wollen Kooperation der entsorgungspflichtigen Körperschaften bei der Nutzung von Behandlungs-, Verwertungs- und Entsorgungsanlagen, um die drohende Explosion der Abfallgebühren begrenzen und Müllimporte unterbinden zu können.

Drittens: Die Zulassung biologisch-mechanischer Anlagen als Bausteine einer ökologisch orientierten Abfallwirtschaftspolitik wird in Nordrhein-Westfalen ermöglicht.

Nur damit, mit diesem Konzept, so glaube ich, werden wir in der Lage sein, vom Chaos in der Abfallwirtschaft, in das uns vor allem auch die Politik der Bundesregierung gestürzt hat, die trotz allem an der TA Siedlungsabfall, an dem Dogma der Verbrennung festhalten will und die mit dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz die Monopolisierung und die Privatisierung und damit die Kostenexplosion erst ermöglicht, endlich zu einer geordneten Abfallwirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen zu gelangen. (D)

Unser Sonderprogramm "Ökologische Wasserwirtschaft" mit den ganz neuartigen Ansätzen der Entsiegelung, der Versickerung von Regenwasser, der ökologischen Optimierung von Kleinkläranlagen insbesondere im ländlichen Raum und des kostengünstigen Baus von Abwassersystemen haben wir schon vorgestellt: Ein 250-Millionen-Sonderprogramm, das Arbeitsplätze sichert und schafft und die Umwelt schützt. Das ist mehr als ein Symbol.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Bereich des Immissionsschutzes, also der Luftreinhaltung, hat die Ministerin deutliche Erfolge bei skandalösen Problemfällen erzielt, ob bei der Firma Hornitex, bei der HIM, bei der BUS oder der Duisburger Kokerei: Die Ministerin hat die zum Teil jahrelangen Problemfälle einer Lösung zugeführt, die die Immissionen drastisch und nach dem Stand der Technik - das ist wichtig - senken und gleichzeitig

(Mai [GRÜNE])

- (A) die Industriestandorte erhalten und die Arbeitsplätze dort sichern wird. Das ist eine Leistung, die durch konsequentes und hartnäckiges Handeln und Verhandeln der Ministerin erreicht worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In dem vierten Bereich, der Landesplanung, wurde mit dem vor einigen Tagen verabschiedeten Windkraftenergiegesetz - auch von der Ministerin - die ab 1. Januar 1997 geltende Privilegierung der Windkraft durch die Novelle des Baugesetzbuches umgehend umgesetzt. Die Landesregierung will dafür sorgen, daß in den nächsten Jahren Vorrangflächen für die Windkraftnutzung für mindestens tausend Megawatt Windkraftzubau ausgewiesen werden. Ich persönlich glaube, daß es noch weit aus mehr werden können. Auch das wird Arbeitsplätze sichern, neue schaffen und gleichzeitig mehr CO₂-freie Stromversorgung in Nordrhein-Westfalen gewährleisten.

Das Ministerium hat durch gezielte Vorgaben die Grundlagen dafür geschaffen, daß die optimale Nutzung der großen Windkraftpotentiale im Binnenland Nordrhein-Westfalen unter Beachtung der Belange des Natur- und des Vogelschutzes gelingen kann. Ich bin froh darüber, daß die Umweltverbände, die Windkraftverbände und auch die kommunalen Spitzenverbände hier an einem Strang ziehen und in diesen Fragen zu einem Grundkonsens gekommen sind.

(B)

Ich bin zudem froh, daß es uns gelungen ist, die gegenüber dem letzten Jahr verdoppelte Förderung des REN-Programms, also der rationellen Energienutzung und der regenerativen Energien, auch im Jahre 1997 zu sichern, mit der wir fast so viele Anträge wie in den Jahren zuvor, also 1994 und 1995 zusammen, fördern konnten.

Die Opposition ist sprachlos. Sie ist zur Sprachlosigkeit gezwungen. Das haben wir eben beobachten können. Die Beratung im Ausschuß hat deutlich gemacht, Herr Dr. Linssen, daß Sie konzeptionslos sind. Sie haben a) keine geschlossene Meinung, etwa zur Abfallpolitik - Dr. Kasperek hat es angeführt -, und b) keine eigenen Konzeptionen oder gar Alternativen. Deshalb zum Schluß ein Dank an die Opposition, daß sie es uns in schwieriger Zeit so leichtmacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Dank an die Ministerin für die gute Arbeit in schwierigem Umfeld und an schwerwiegenden Problemen. Ein Dank geht auch an den Koalitionspartner, jedenfalls an die Umweltpolitiker, mit dem wir in der Vergangenheit bei heiß umstrittenen

Fragen, zum Beispiel in der Abwasserpolitik, zu gemeinsamen Lösungen oder, wie beim Lizenzentgelt, zu gemeinsamen Strategien gefunden haben. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Das Wort hat die Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Frau Höhn.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Meine Damen und Herren! Gute Haushälter sparen rechtzeitig. Das ist vom Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen getan worden. Wir haben in diesem Jahr eine Haushaltssperre, die uns, gerade auch im Umweltbereich, hart getroffen hat, nämlich, Herr Reul, in Höhe von 25 %. Wir haben diese Haushaltssperre durchführen müssen und trotzdem Umweltpolitik gemacht. Das heißt: Wir haben deutlich gemacht, daß man auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen Umweltpolitik gestalten kann.

Interessant ist, daß da, wo wir harte Einschnitte vollziehen mußten, etwa bei der Unterhaltung von Gewässern zweiter Ordnung, Ihre Kollegen von der CDU auf jeder Veranstaltung aufgetreten sind und Lobbypolitik betrieben haben, nämlich uns dafür angegriffen haben, daß wir in diesen Bereichen sparen mußten. Also, meine Damen und Herren: So einfach geht es nicht!

(D)

Wir haben gespart, wir haben heftig gespart. Wir haben deswegen Kritik einstecken müssen. Wir haben aber auch Schwerpunkte verteidigt. Insofern haben wir unsere Arbeit geleistet. Deshalb ist auch Ihre Strategie gestern und heute durch die Pressekonferenz des Ministers Schleißer gescheitert, der deutlich gemacht hat, daß wir, was die Finanzen angeht, auf einer soliden Basis stehen. Durch diese Pressekonferenz ist Ihre Strategie, die darauf baute, daß dieser Haushalt auf einer unsicheren Basis stünde, kaputtgegangen. Das ist die Quittung, die Sie für Ihre Strategie erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können Umweltpolitik auch unter schwierigen Finanzbedingungen machen, und das tun wir, das haben wir in diesem Jahr getan. Ich glaube, daß Ihnen Ihr Schweigen und damit die Entpflichtung von dem Zwang, Alternativen vorschlagen zu müssen, in vielen Bereichen zupass kommt, denn Sie haben, gerade im Umweltbereich, keine Alternativen.

(Ministerin Höhn)

- (A) So proklamieren Sie hier eindeutig: Wir wollen Hochwasserschutz betreiben. Köln soll geschützt werden. Retentionsräume sollen geschaffen werden. Vor Ort aber behindern Ihre eigenen Leute von der CDU jedes Projekt, mit dem Retentionsräume geschaffen werden sollen. Hier reden Sie so, dort so. Sie haben kein Konzept, sondern versuchen nur populistisch, Ihre vermeintlichen Forderungen anzubringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ähnlich ist es auf dem Feld der Abfallpolitik. Hier fordern Sie die TA Siedlungsabfall. Vor Ort versuchen Ihre Leute, solange wie möglich Müll unbehandelt zu billigen Preisen zu deponieren, und produzieren damit Umweltschäden, die die nachfolgenden Generationen noch hart treffen werden - übrigens auch, was die Gebühren anbelangt. Also auch hier Populismus auf beiden Seiten. Sie haben keine Alternativen, die stimmig sind. Deshalb ist es für Sie in der Tat wahrscheinlich besser, wenn Sie hier gar nicht reden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube auch, es bereitet Ihnen Schwierigkeiten, daß wir, Sozialdemokraten und GRÜNE, in einem so schwierigen Bereich wie der Umweltpolitik zunehmend zusammenkommen. Die Rede von Herrn Dr. Kasperek hier hat mir sehr gut gefallen: nachhaltige Entwicklung! Das ist genau die Politik, die wir angehen müssen. Wir müssen vorsorgenden Umweltschutz betreiben. Das tun wir auch in allen Bereichen.

(B)

Es muß darum gehen, Umweltschäden zu vermeiden und vorne anzusetzen. Was im letzten Jahr in Nordrhein-Westfalen Wichtiges geleistet worden ist und in Zukunft noch geleistet wird, möchte ich anhand einiger Beispiele verdeutlichen:

Als erstes möchte ich die Initiative "Ökologischer Gewässerschutz" ansprechen, die von meinem Ministerium angestoßen worden ist. Aus der Abwasserabgabe werden für dieses Programm 255 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Diese Mittel werden ein Investitionsprogramm in Höhe von 1 Milliarde DM anregen und damit zur Sicherung und dem Erhalt von 6 000 Arbeitsplätzen beitragen. So sieht in der Tat die Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen in diesem Bereich des vorsorgenden Umweltschutzes aus. Das macht im Prinzip auch die nachhaltige Entwicklung aus.

Wir werden diese Mittel für folgende Maßnahmen einsetzen: Entsiegelung, Versickerung, ökologische Regenwasserbewirtschaftung. Dadurch wird - erstens - das Grundwasser gesammelt und der

nachfolgenden Generation wieder zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig ist das - zweitens - ein Weg, um die Gebühren zu senken, weil in der Kanalisation kleinere Querschnitte gebraucht werden. Dadurch werden Mittel eingespart. Das ist - drittens - wichtig für den vorsorgenden Hochwasserschutz, weil so nämlich die Wassermengen, die sonst in den Rhein fließen und gegebenenfalls über die Ufer treten, von vornherein versickern. Wir alle erinnern uns an die Hochwasserkatastrophen in Köln.

Diese Programm wird aber auch zur Verbesserung der Reinigungsleistung von Kleinkläranlagen eingesetzt, zur kostengünstigen Erschließung am Rande von Ballungsgebieten und damit eben auch für dezentrale Lösungen, die aus unserer Sicht besonders viel Sinn machen, weil sie billiger und unter ökologischen Kriterien sehr gut sind. Ähnliches machen wir im Hochwasserbereich. Zunächst geht es natürlich darum, die Bevölkerung zu schützen, gerade in einer Stadt wie Köln. Gleichzeitig heißt es, vorsorgend tätig zu werden, etwa durch Retentionsräume, indem wir beispielsweise die Nebenflüsse des Rheins angehen und zur Renaturierung der Flüsse beitragen.

Auch in diesem Bereich geht es also klar und eindeutig um Vorsorge, Nachhaltige Entwicklung, die wir auch im Hochwasserschutz anwenden.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir unternehmen große Anstrengungen und werden in diesen Bereich über 1 Milliarde DM stecken. Das wird ein Programm, das über zwanzig Jahre läuft, also eine ganze Generation, um die Schäden, die im Jahrhundert zuvor verursacht wurden, rückgängig zu machen.

Zur Vorsorge gehört eindeutig und klar die Planung. Wir werden in Zukunft dafür sorgen, daß in Überschwemmungsgebieten keine zusätzliche Besiedlung mehr stattfindet. Wir dürfen die Fehler der Vergangenheit in diesem Lande nicht fortführen, weil wir wissen, daß sie zu enormen Aufwendungen und am Ende privaten Belastungen der von Hochwasserkatastrophen Betroffenen und negativ Berührten geführt haben. So weit zum Wasserbereich.

Ähnliches gilt für unsere Abfallpolitik, in der auch vorsorgend gehandelt wird: Wir haben eine restriktive Bedarfsprüfung vorgenommen. Es wird Kooperationen geben zwischen den Kreisen. Der wichtigste Teil der Abfallpolitik aber besteht in der Aufgabe, zunächst einmal Abfall zu vermeiden. Danach müssen wir Abfall verwerten, und zwar stofflich möglichst hochwertig. Das heißt: Es gibt

(Ministerin Höhn)

- (A) eine flächendeckende Biokompostierung. Bioabfall gehört nicht in die Müllverbrennungsanlage. Bioabfall muß in diesem Land stofflich verwertet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch das wird dazu führen, daß wir die Gebühren senken. Eben auch aus diesem Grunde wollen wir möglichst viele Stoffe aus den Müllverbrennungsanlage heraushalten und stofflich verwerten. Das gilt für Glas, Papier und Metalle. All diese Stoffe müssen heraus aus den Müllverbrennungsanlagen. Denn in der Tat sind die Kosten, die mit Müllverbrennungsanlagen verbunden sind, ein Faktor, der zu massiven Gebührenerhöhungen auch für die Bürgerinnen und Bürger führt. Dieses Thema müssen wir auch unter diesen Gesichtspunkten angehen.

Gerade deshalb ist es wichtig, einige Pilotanlagen für mechanisch-biologische Verfahrensweise zu installieren. Mechanisch-biologische Anlagen sind flexibler. Mechanisch-biologische Anlagen sind für den Export geeignet und werden sich deshalb bei uns zu einer zukunftsfähigen Technologie entwickeln. Das wollen wir in Nordrhein-Westfalen. Wir wollen damit Arbeitsplätze schaffen und für den Export dieser Technologie in andere Länder sorgen. Nordrhein-Westfalen muß in der Umwelttechnologie Spitze bleiben. Das gilt besonders für die Abfallpolitik. Mechanisch-biologische Anlagen gehören dabei an die Spitze. Soweit zu den Themen "Wasser" und "Abfall".

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein anderes wichtiges Thema ist die Luftbelastung in Nordrhein-Westfalen. Wir haben neue Stoffe und damit neue Probleme, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Zum einen geht es um die Reduktion von CO₂. Außerdem geht es um die vom Ozon und seinen Vorläuferstoffen ausgehenden Probleme. Diese Probleme gehen wir an.

Wir müssen allerdings auch feststellen, daß in vielen Bereichen unter anderem durch die gute Arbeit in den vorangegangenen Jahren Reduktionen in erheblichem Umfang erreicht werden konnten. Insbesondere nenne ich den SO₂-Bereich, in dem die Werte massiv zurückgegangen sind. Dort sind auch von den Vorgängern in dieser Landesregierung enorme Erfolge erzielt worden. Soweit es Stoffe in anderen Bereichen betrifft, führen wir das weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt allerdings noch lokale Belastungsschwerpunkte. Einen dieser Schwerpunkte bildet Duisburg. Herr Kasperek, Sie haben eben die freiwilligen Kooperationen der Wirtschaft angesprochen. Genau das ist in der Tat das Vorgehen: Probleme, die in Duisburg seit Mitte der 80er Jahre bestanden haben - dabei geht es sowohl um die Dioxin- sowie die Benzolproblematik -, werden jetzt durch Kooperationen angegangen.

(C)

(Unruhe - Glocke)

Nachdem über Jahre hinweg durch Ordnungsverfügungen in diesem Bereich keine Besserung erreicht werden konnte, habe ich mit den entsprechenden Firmen Verträge abgeschlossen. Jetzt werden die notwendigen Maßnahmen eingeleitet: M.I.M. hat sich vertraglich verpflichtet, nicht weiter gegen das Land zu klagen, sondern aktiv in den Bau eines Aktivkoksfilters einzusteigen. Dieser Filter wird Ende nächsten Jahres zur Verfügung stehen. Damit werden wir einen wichtigen Beitrag zur Entlastung der Luft in Duisburg erreicht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ähnliches gehen wir bei Thyssen an. Dabei wird die Lösung des Problems, das seit Mitte der 80er Jahre bestanden hat und bisher nicht gelöst werden konnte, über Verhandlungen mit der Firma eingestiegt. Auch in diesem Zusammenhang müssen wir zu einer Benzol- und Benzoapyrenreduktion im Sinne der Bevölkerung und ihrer Gesundheit kommen.

(D)

Meine Damen und Herren, zum Schluß noch ein Wort zum Windkraftenerlaß. Ich finde es sehr wichtig, daß dieser Erlaß nun ergangen ist. Was Naturschutz und Planung angeht, haben wir Akzeptanz erreicht. Wir wollen auf diesem Wege einen geordneten Zubau von Windkraftanlagen ohne einen gesellschaftlichen Widerstand. Das ist ein großer Beitrag zur CO₂-Reduktion.

Deshalb ist mir dieser Punkt besonders wichtig, zugleich was zukunftsfähige Arbeitsplätze angeht. Auch Windkraftanlagen schaffen hier in NRW Arbeitsplätze, und Windkraftanlagen können in andere Länder exportiert werden. Das ist ein Weg, bei dem Nordrhein-Westfalen führend sein muß für zukunftsfähige Arbeitsplätze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende. Sie sehen, wir machen Politik auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen. Es ist bedauerlich, daß so wenig Anregungen von der Opposi-

(Ministerin Höhn)

(A) tion kommen. Die Sprachlosigkeit der Opposition ist nicht hilfreich für die Landesregierung. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren! Ich sehe, daß es weitere Wortmeldungen nicht gibt. Ich kann damit die Beratung schließen.

Wir kommen damit zur Abstimmung ---

(Widerspruch - Ministerin Bärbel Höhn: Wir müssen noch zur Landwirtschaft kommen!)

- Danke für den Hinweis. Ich rufe den zweiten Bereich des Einzelplans 10 auf:

b) Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, Naturschutz

Als erster Redner ist Herr Kollege Steinkühler für die Fraktion der SPD gemeldet. Bitte schön.

Horst Steinkühler (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Vorbemerkung zum NRW-Rahmenkonzept "Regionale Vermarktung" heißt es - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -:

(B) "Eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes setzt funktionsfähige, lokale und regionale Märkte voraus. So gesehen fördert die regionale Vermarktung die wirtschaftliche Vielfalt und Integration, bindet Wertschöpfung und Beschäftigung an die Region und steigert deren politische und wirtschaftliche Eigenständigkeit."

Weil wir, die SPD, das bis zu einem gewissen Umfang eben so sehen, hat die SPD-Fraktion wie übrigens auch der Koalitionspartner der in der zweiten Ergänzungsvorlage zum Haushalt 1997 - Drucksache 12/1550 - vorgenommenen Erhöhung der Zuschüsse für sonstige einzelbetriebliche Investitionen und Maßnahmen zugestimmt. Das wird uns nicht daran hindern, Frau Ministerin, die weitere Entwicklung der regionalen Vermarktung auch vom Parlament aus sorgsam zu beobachten.

Alle bei einer Anhörung der SPD-Fraktion zum Thema "Vermarktungsstrategien für Produkte aus der landwirtschaftlichen Erzeugung und der Ernährungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen" vertretenen Gruppierungen haben darauf hingewiesen, daß der nahezu 18 Millionen Verbraucher umfassende Markt in Nordrhein-Westfalen aus heimischer

landwirtschaftlicher Produktion nicht zu bedienen sei. Andererseits stellt dieser große Markt eine Riesenchance für unsere heimische Landwirtschaft wie auch für unsere leistungsfähige Nahrungsmittelindustrie dar. (C)

Nach Darstellung des von der westfälischen Landwirtschaft in Auftrag gegebenen Gutachtens über die künftigen Marktchancen der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft werden in Nordrhein-Westfalen jährlich Lebensmittel im Wert von 34 Milliarden DM verzehrt. Die nordrhein-westfälische Landwirtschaft ist also aufgefordert, nach wie vor alle Anstrengungen zu unternehmen, um an diesem Kuchen angemessen beteiligt zu werden. Dies kann nur in enger Kooperation zwischen allen Beteiligten, nämlich Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie, Handel und Verbraucher, gelingen. Die Politik kann hier nur die entsprechenden Rahmenbedingungen liefern.

Daß uns dies in der Vergangenheit hier und da gelungen ist, belegt eine Aussage des Präsidenten der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe vom vergangenen Freitag, der auf der Hauptversammlung der Kammer darauf hinwies, daß die heimische Landwirtschaft durch die Aktivitäten der Agrar-Genuß-Marketing, der AGM, enorm profitiert habe - also durch die Aktivitäten einer Organisation, die von der CDU-Landtagsfraktion von Beginn an hart befehdet wurde. Die CDU-Landtagsfraktion scheint immer noch nicht zur Kenntnis genommen zu haben, daß die in der AGM zusammengeschlossenen mittelständischen Betriebe bis zu 95 % ihrer Rohstoffe aus heimischer Produktion beziehen. (D)

Wichtigste Aufgabe der Politik, des landwirtschaftlichen Berufsstandes, der Nahrungsmittelindustrie, des Handels und der Marketing-Organisationen besteht für mich weiterhin darin, den Verbraucher davon zu überzeugen, daß er mit Produkten aus heimischer Erzeugung ein qualitativ hochwertiges, frisches und gesundheitlich unschädliches Lebensmittel erhält.

Wenn uns das gelingt, meine Damen und Herren, ist mir um die Zukunft der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft - und zwar der gesamten Landwirtschaft, Herr Kollege Uhlenberg, wie Frau Ministerin ja am vergangenen Freitag Ihnen gegenüber noch einmal betont hat - und des gesamten ländlichen Raumes nicht bange. Meine Damen und Herren, eines ländlichen Raumes übrigens, dessen Intaktheit nicht nur für die dort lebende Bevölkerung, sondern für das ganze Land von größter Bedeutung ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(Steinkühler [SPD])

(A) Sehr geehrte Frau Ministerin! Der am vergangenen Freitag auf der Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe von Herrn Uhlenberg erhobene Vorwurf, die derzeitige Landesregierung unterstützte und fördere nur eine Minderheit der heimischen landwirtschaftlichen Betriebe, wird ja an vielen Stellen erhoben.

(Zustimmung bei der CDU - Silke Mackenthun [GRÜNE]: Da lachen ja die Hühner!)

Ich will da insbesondere die beiden großen landwirtschaftlichen Verbände nennen. Meine Bitte und Erwartung, Frau Ministerin, ist, daß die Landesregierung - und hier eben das MURL - entsprechend Ihrer schon zitierten Entgegnung auf die Kritik von Herrn Uhlenberg mit dem Vollzug des Haushalts 1997 die Kritiker der rot-grünen Koalition vom Gegenteil überzeugt: nämlich davon, daß die rot-grüne Landesregierung Politik für die gesamte Landwirtschaft unseres Landes macht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der hier in zweiter Lesung zur Abstimmung stehende Einzelplan 10 scheint mir die Voraussetzungen dafür zu erfüllen. Die SPD-Fraktion wird deshalb diesem Haushalt zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile als nächstem Redner Herrn Kollegen Martsch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Siegfried Martsch [GRÜNE] geht mit dunklem Anzug ans Rednerpult. - Zurufe: Oh! Mit Jackett! - Klaus Matthiesen [SPD]: Siggie hat ein neues Outfit! - Heinz Hardt [CDU]: Im Sumo-Look! - Heiterkeit)

Siegfried Martsch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin! Zunächst hoffe ich, daß Sie, Herr Präsident, damit zufrieden sind, daß ich die Hosenträger unter der Jacke trage. Ich habe ja Besserung gelobt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Das Hoffen hat sich gelohnt, oder nicht?

Siegfried Martsch (GRÜNE): - Sehen Sie, Sie üben einen hohen pädagogischen Einfluß auf mich aus.

(C) Meine Damen und Herren, die CDU ist offensichtlich der Auffassung - diese hat sie gestern und heute kundgetan -, daß es dieser Einzelplan 10 des Haushalts, über den wir hier zu sprechen haben, nicht wert ist, über ihn zu sprechen. - Gut, wenn sie dieser Auffassung ist, hätte sie einen eigenen schreiben können.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das habe ich nicht gemacht!)

- Daß Sie das nicht getan haben, verstehe ich, denn dabei wäre nichts herausgekommen. Wenn Sie meinen zu wissen, was an diesem Haushalt falsch ist, dann müssen Sie Farbe bekennen und einen eigenen Antrag einbringen und sagen, was Ihrer Meinung nach richtig ist. Sie haben jedoch nichts vorzutragen, was richtig ist.

(Dr. Hans Kraft [SPD]: Die haben geschlafen!)

Folgendes macht mir große Sorgen: Sie von der CDU laufen seit Monaten durch das Land und verbreiten in geradezu lügenhafter Weise

(Zurufe von der CDU)

(D) - ich beweise Ihnen Punkt für Punkt, wo Sie lügen - die Behauptung, daß diese Landesregierung keine Agrarpolitik für die Mehrheit der hier existierenden bäuerlichen Betriebe betreiben würde.

Sie mißbrauchen sogar den Bundeslandwirtschaftsminister für Propagandaauftritte, um die Bauern und Bäuerinnen in diesem Lande zu verunsichern, und Sie versuchen, Mißtrauen und Zwietracht zu säen. Sie beschädigen mit Ihrer täglichen Politik die Demokratie in diesem Lande und das Ansehen des Parlaments. Daß Sie Ihr eigenes Ansehen beschädigen, finde ich auch bedauerlich, aber das ist nicht mein Problem.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das ist eine große Rede!)

Es geht nicht allein um das Schauspiel, das Sie gestern und heute hier geboten haben. Wir konnten feststellen, daß Sie uns damit den Beweis Ihrer Politikunfähigkeit als vorläufigen Höhepunkt offenbart haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir wollen uns aber vielmehr mit der Frage der Solidität beschäftigen. Auch in den vergangenen Jahren und in denen, in denen wir Grüne mit Ihnen in der Opposition waren, haben Sie eigentlich nie Anträge gestellt: Zwei bis drei Anträge waren immer die Höchstgrenze.

(Martsch [GRÜNE])

(A) Sie waren in der Regel im Gegensatz zu uns immer mit den damaligen Haushaltsentwürfen vom Kollegen Matthiesen einverstanden und haben uns verhöhnt, wenn wir Dutzende von Anträgen gestellt und Fleißarbeiten abgeliefert haben, zu denen Sie weder fähig noch willens sind. Sie haben gesagt, es sei eine Belastung, wenn Sie das lesen müssen.

Sie, die CDU Nordrhein-Westfalen, benehmen sich mit Ihrem gestrigen und heutigen Auftritt wie ein Nichtschwimmer im tiefen Wasser, der durch heftige Armbewegungen seinen Untergang beschleunigt.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das ist Ihr Schicksal.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Ein hübsches Bild, aber man muß hinzufügen: Wer schon im tiefen Wasser ist, geht bereits unter!)

- Ich sage ja auch: beschleunigt.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Stellen Sie sich Herrn Martsch im Wasser vor! Ein besonders schönes Bild!)

Herr Kollege Uhlenberg, wir wollen doch darüber reden, was Sache ist. Sie sind mit diesem Haushalt nicht zufrieden. Wollen Sie, daß die Fördermittel nicht mehr ausgezahlt werden? Wollen Sie, daß die Betriebe, die auf Rechtstreue dieses Staates hoffen und einen Anspruch darauf haben, nicht mehr bauen können, daß sie nicht mehr investieren können und daß sie in finanzielle Schwierigkeiten geraten? Wollen Sie die bäuerliche Landwirtschaft nicht nur generell politisch, sondern auch im Einzelfall ruinieren? Ist das Ihre Agrarpolitik? - Dann sagen Sie das hier auch offen! Das ist nämlich die Konsequenz Ihres Verhaltens, wenn Sie sagen, daß hier kein Haushalt verabschiedet werden soll.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das ist Martsche Rechtstreue!)

Herr Kollege Uhlenberg, wollen Sie die Landwirtschaftskammern aushungern? Wollen Sie, daß die Landwirtschaftskammern ruiniert werden? Haben wir nicht als Staat und Parlament eine Verpflichtung, hier Tag für Tag für Rechtssicherheit zu sorgen? Wir sind doch verpflichtet, rechtsstaatlich zu handeln!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich weiß gar nicht, was Sie für ein Demokratieverständnis haben; ein preußisch staatstragendes ist das nicht. Es ist das pure Chaos, das Sie hier ver-

breiten wollen! Sie sind die Chaoten in diesem Lande! (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Lachen bei der CDU)

Sie können sich die Haare färben und bei den Autonomen auf der Straße um Konkurrenz bitten. Das ist Ihr politischer Standort!

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Martsch, ich muß Sie einmal unterbrechen. Ich bitte Sie, sich etwas in Ihrer Ausdrucksweise zu mäßigen. Werfen Sie bitte keinem der Kollegen den Begriff "Chaot" an den Kopf; das macht man nicht.

(Zurufe der CDU - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das ist er! Er redet nicht nur so chaotisch, er ist ein Chaot!)

Siegfried Martsch (GRÜNE): Ich werde natürlich auch diesem pädagogischen Einfluß des Präsidenten nicht widersprechen und mir Mühe geben, mich zu mäßigen. Ich muß aber folgendes bemerken: Wenn man deutlich etwas zur Sache sagen will, muß es auch möglich sein, klare Worte zu benutzen. Ich weiß, daß ich gelegentlich zu klaren Worten neige, aber gemessen an dem, was die Opposition in diesen Tagen hier geboten hat, bin ich geradezu eine Betschwester. (D)

(Allgemeine Heiterkeit - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Schwester Siggii!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben einen Haushalt vorgelegt, den ich ausdrücklich begrüße und unterstütze, weil er Rechtssicherheit und Klarheit für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen bietet. Durch ihn wird weder jemand ruiniert, noch im Regen stengelassen. Das muß deutlich gesagt werden. Dieser Haushalt gibt den Menschen im ländlichen Raum Nordrhein-Westfalens Hoffnung und Zukunft.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Och!)

Die Landesregierung sichert auch durch diesen Haushalt den Agrarstandort Nordrhein-Westfalen. Ebenso setzt sie neue Akzente im Bereich der Förderung artgerechter Tierhaltung, der regionalen Vermarktung usw. Dieser Haushalt ist solide und seriös und Lichtjahre von dem Schauspiel entfernt, das sich Ihr Bundeslandwirtschaftsminister in Bonn aufzuführen traut.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Ein guter Mensch!)

(Martsch [GRÜNE])

(A) Das muß man einmal so sagen, und das hat ja auch Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen.

Trotz aller Bereitschaft zur Mäßigung muß man einfach sagen - und das stimmt mich besonders traurig -: Sie, die nordrhein-westfälische CDU, nutzen die Landwirtschaft, die Bäuerinnen und Bauern in diesem Lande als Geiseln Ihres parteitaktischen Spiels. Wenn Sie im Lande herumgeistern, geht es Ihnen nicht um die Interessen des ländlichen Raums. In Ihrer Gier auf Regierungsbeteiligung, in Ihrer Frustration, nicht hier, sondern dort zu sitzen, ist Ihnen jedes Mittel recht. In dieser Frustration mißbrauchen Sie Ihre eigene Wählerklientel, die Bauern und Bäuerinnen. Aber ich denke, sie werden Ihnen das in gebührender Art und Weise danken, man könnte auch sagen: quittieren.

Ich erlebe das in vielen Versammlungen, in denen ich das Gefühl habe, langsam, aber sicher ein gern gesehener, ernst genommener Gast zu sein, ein Gast, von dem man sich etwas erhofft; mit dem man sachlich und pointiert diskutieren kann.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sie machen die schmerzhafteste Erfahrung, wie schön es sein kann ...!)

(B) - Herr Kollege Matthiesen, ich weiß ja, daß Sie diesen Lernprozeß schon vor mir gemacht haben. Aber Sie sind ja auch ein bißchen älter.

(Lothar Hegemann [CDU]: Das sieht man aber nicht!)

Sie werden einsehen, daß ich, zumindest was diesen Punkt betrifft, schon ziemlich nah dort bin, wo Sie einmal waren.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Ja, das stimmt!)

Leider geht meine Redezeit zu Ende. Deshalb will ich noch einmal deutlich sagen: Hier geht es um die Interessen des ländlichen Raumes und nicht um Kasperletheater, wie Sie es hier veranstalten.

(Zurufe von der CDU: Aha! - Leifert: Er tritt ab!)

Herr Dr. Linssen ist leider nicht mehr da, vielleicht kann Herr Kollege Uhlenberg an seine Stelle treten. Ich schlage Ihnen vor, nächste Woche zur dritten Lesung hier vor dem Landtag mit dem Fallschirm einzuspringen, damit Sie sich in die Möllemannsche Art einreihen können;

(Beifall bei den GRÜNEN)

denn politisch sind Sie inzwischen da, wo Möllemann schon lange ist, nämlich in der Situation eines Politclowns. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Mehr haben Sie hier in den letzten Tagen nicht vorgebracht. Dazu ist der Landtag eigentlich zu schade. Ich appelliere an Sie, entweder zur sachlichen politischen Auseinandersetzung zurückzukehren oder kollektiv Ihr Mandat an Ihre Wählerinnen zurückzugeben; denn so verschwenden Sie dieses Mandat. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich darf der Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Frau Höhn, das Wort erteilen. Bitte schön.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Meine Damen und Herren! Nach der Rede von Siggie Martsch können Sie verstehen, wie beruhigend es für die Landwirtschaftsministerin ist, die rot-grüne-Fraktion, allen voran Siggie Martsch, hinter sich zu wissen. Mit ihm im Rücken läßt sich gut Landwirtschaftspolitik machen. Ich bedanke mich für die hervorragenden Reden. (D)

Zunächst möchte ich die Finanzen ansprechen; denn das ist offensichtlich gestern und heute das große Thema der Opposition, und in der Landwirtschaftspolitik haben wir es insbesondere mit Finanzentwicklungen zu tun, und zwar mit negativen Finanzen - nicht auf Landesebene, sondern auf Bundesebene. Und der Landwirtschaftsminister auf Bundesebene gehört nach meinen Informationen der CDU an.

Im Regierungsentwurf des Landeshaushalts sind 87,5 Millionen DM Landesmittel eingestellt, um die optimale Fördermöglichkeit auf Bundesebene ausschöpfen zu können, was die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes angeht. Jetzt müssen wir hören, daß der Bundeslandwirtschaftsminister massive Kürzungen in Höhe von 435 Millionen DM vornehmen will. Rechnet man die dadurch ausfallenden Landesmittel hinzu, bedeutet das, daß die Bauern in der Bundesrepublik Deutschland durch diese Maßnahme der Bundesregierung im nächsten Jahr wahrscheinlich 725 Millionen DM weniger zur Verfügung haben werden als in diesem Jahr. Das ist Folge der Fi-

(Ministerin Höhn)

- (A) nanzpolitik der Bundesregierung. Das muß deutlich werden; denn wenn wir über Finanzen reden, müssen wir auch über diese negativen Folgen der CDU-Finanzpolitik gegenüber den Bauern reden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist eine Kürzung von 18 %, die massiv zu Buche schlagen wird. Das wird übrigens auch den Konzentrationsprozeß, der in den letzten Jahren angehalten hat, noch enorm verstärken. Es wird zu einem Abbau von Arbeitsplätzen kommen, die aus meiner Sicht unbedingt erhalten werden müßten. Hier handelt es sich um Arbeitsplätze, an denen häufig Generationen gehangen haben, von denen ganze Familien abhängen. Man muß sich vor Augen führen, was es für die öffentlichen Kassen bedeutet, wenn die Ernährungsgrundlage für eine ganze Familie wegfällt - neben den großen sozialen und moralischen Problemen, die entstehen, wenn Bauernfamilien dazu gebracht werden, ihren Hof aufzugeben. Das ist noch dramatischer, als wenn jemand anderer seinen Arbeitsplatz verliert und dann einen anderen Arbeitsplatz annehmen kann.

Wer Landwirtschaftspolitik ernsthaft vertreten will, wer bäuerliche Betriebe ernsthaft erhalten will, der muß, auch was die Finanzen angeht, kämpfen. Das ist Bundeslandwirtschaftsminister Borchert offensichtlich nicht gelungen. Schauen Sie sich die Ergebnisse an, die er erreicht hat.

- (B) Wenn wir auf Bundesebene weniger Mittel zur Verfügung haben, dann müssen wir auf der nächsten PLANAK-Sitzung, auf der sich die Länder über die Verteilung der Mittel zu unterhalten haben, auch darüber reden, wie diese Mittel aufgeteilt werden. Bisher bekamen die alten Bundesländer 55 % und die neuen 45 %. Das kann bei diesem verminderten Finanzvolumen nicht mehr der Fall sein. Deshalb werde ich mich auf der nächsten PLANAK-Sitzung wahrscheinlich länderübergreifend mit meinen Kollegen aus Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen - und ich hoffe, auch mit der Mehrheit der anderen Länder - dafür einsetzen, daß wir bei diesen verminderten Finanzen für die bäuerlichen Betriebe auch in Nordrhein-Westfalen ein Optimum an Mitteln bereitstellen können. Meine Damen und Herren von der CDU, ich hoffe, daß auch Sie sich dafür einsetzen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Die schweigen doch!)

- Ja, sie schweigen. Sie schweigen auch oft genug bei Finanzauseinandersetzungen; das ist das Problem.

- (C) Damit komme ich zur Einkommenssituation. Von der CDU wird immer gesagt, daß die Politik der rot-grünen-Koalition und der grünen Landwirtschaftsministerin zu enormen Nachteilen führe. Bei den Zahlen hat sich das allerdings nicht erwiesen. Die Einkommenssituation der NRW-Landwirtschaft hat sich im abgelaufenen Wirtschaftsjahr in erfreulicher Weise verbessert. Nach mehreren Verlustjahren konnten vor allem die Veredelungsbetriebe im westfälischen Landesteil kräftig zulegen. Wir sind von einem hinteren Platz wieder in die Spitzengruppe vorgeückt und befinden uns wieder an dem Platz, der Nordrhein-Westfalen gebührt. Wir werden versuchen, diesen Platz zu halten.

Das steht diametral dem gegenüber, wie Herr Uhlenberg und Herr Borchert die Lage der NRW-Landwirtschaft schlechtgeredet haben. Damit tun sie den Bauern in NRW keinen Gefallen. Sie dürfen etwas, was sehr viel besser ist, nicht schlechreden. Wenn Sie das tun, sind Sie für die negative Stimmung in der Landwirtschaft mitverantwortlich. Das muß ich einmal sagen, wenn Sie es schon nicht tun.

- (D) Sie haben am Ende auch die Verantwortung dafür zu tragen, wenn die Bauern in diesem Land im Frust versinken, meine Damen und Herren. Das ist Ihre Art von Negativpolitik, die Sie immer verbreiten. Das ist in der Tat ein großes Problem, das wir in der Landwirtschaft haben.

Gucken wir uns doch einmal an, was die bisherige Landwirtschaftspolitik gebracht hat: Wir haben in 25 Jahren die Hälfte der Betriebe verloren. Dafür verantwortlich sind die EU-Landwirtschaftspolitik und die der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben 50 % verloren, von 140 000 Betrieben ging es auf 70 000 Betriebe herunter. Das ist die Situation der vergangenen Jahre.

Der Nachwuchs fehlt - das ist noch viel dramatischer. Wir hatten 1980 1 300 junge Menschen, die sich entschlossen haben, sich für die Landwirtschaft zu engagieren und die eine landwirtschaftliche Lehre gemacht haben. Wir haben 1995 nur noch 300, also eine Reduktion auf 25 %. Das wird in der Tat dazu führen, daß wir zuwenig Hofnachfolger haben, daß wir zuwenig junge Leute haben, die in diesen Bereich gehen.

Da brauchen wir keinen Frust, keine Schlechtmacher, keine Miesmacher in diesem Land, sondern wir müssen gemeinsam für die Bauern in diesem Land stehen, meine Damen und Herren. Ich fordere die CDU auf, da mitzutun.

(Ministerin Höhn)

- (A) Von Ihnen wird immer verbreitet, ich sei die Landwirtschaftsministerin nur für die Ökobetriebe. Ich nenne Ihnen einmal die Zahlen, denn Sie reden ja immer über Zahlen. Die Bauern in diesem Land erhalten von vielen verschiedenen Quellen einen Betrag von 1,7 Milliarden DM. Das steht den Bauern in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung. Der Teil, der für Ökolandbau speziell in diesem Bereich ausgegeben wird, beträgt gerade einmal 1 % und entspricht damit ungefähr dem Anteil, den aufbauende Ökobetriebe hier in der Landwirtschaft einnehmen. Um nicht mehr und nicht weniger diskutieren wir, damit Ökobetriebe ihren Anteil von dem erhalten, was wir an Finanzen zu vergeben haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer dann sagt, hier würden nur noch Ökobetriebe gefördert, der soll sich einmal die Zahlen angucken. Das Gros dieser Mittel geht in den konventionellen Bereich. Das Problem dahinter ist ein ganz anderes. Das Konzept stößt zunehmend auf Widerstand. Die Frage ist, warum diese Angst bei 17 Millionen von 1,7 Milliarden DM, die in den Ökolandbau gehen? Das Problem dahinter ist, daß anders als in den Jahren vorher der Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen erste Priorität hat, meine Damen und Herren,

- (B) (Beifall bei den GRÜNEN)

und daß wir in diesem Punkt ein Bündnis zwischen Verbrauchern und Bauern erreichen wollen.

(Zuruf des Eckhard Uhlenberg [CDU])

Das in der Tat hat es in der Vergangenheit nicht gegeben. Davor müssen Sie Angst haben, denn es gibt viele Bauern in diesem Land, die sagen: Die Politik der Vergangenheit hat nicht funktioniert. Deshalb werden wir auf ein Bündnis zwischen der Bevölkerung und den Bauern in diesem Land setzen. Nur wenn wir das erreichen, werden wir in Zukunft auch die gesellschaftliche Akzeptanz für die Förderung bäuerlicher Betriebe und damit auch den Erhalt dieser Betriebe erreichen.

Ich habe diverse Vorstöße im Verbraucherschutz gemacht. Darauf bin ich auch stolz. Das ist nämlich das Problem, das Sie haben. Gucken wir es uns einmal an: Da geht es um Gentechnik, die Kennzeichnung von genmanipulierten Nahrungsmitteln - ein ganz wichtiger Punkt für den Erhalt der bäuerlichen Betriebe in diesem Land, egal ob Ökolandbau oder konventionell arbeitend. Da erwarte ich Ihre Stimmen und Ihren Einsatz dafür, daß die Bundesregierung die Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen, die eine breite Mehrheit im Bun-

desrat bekommen hat, endlich auch in die Tat umsetzt und damit die Verbraucherinnen und Verbraucher darüber informiert, ob Produkte zum Beispiel gentechnisch manipuliert werden. (C)

Das müssen wir mit Ihnen zusammen machen. Dann würden Sie etwas für die Landwirtschaft in diesem Land tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Information über Mastverstärker oder eine Information über Futtermittelzusatzstoffe - dies alles gehört zum Verbraucherschutz. Das war bisher nicht da. Darum machen wir hier auch Politik. Darum machen wir auch Regionalpolitik, regionale Vermarktung.

Alle Mittel, die hierfür eingestellt werden, sind als zusätzliche Mittel vom Finanzminister für diesen Punkt bewilligt worden, es wurde also nicht an einer anderen Stelle weggenommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden uns nicht von Ihnen die Chance nehmen lassen, die das große Pfund von Nordrhein-Westfalen ist, daß wir einen Verbrauchermarkt von 18 Millionen Menschen haben und daß wir versuchen müssen, das für eine regionale Vermarktung als Perspektive für die bäuerlichen Betriebe in diesem Land zu betrachten. (D)

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch zwei Punkte aus dem Naturschutz ansprechen, denn wir reden hier ja nicht nur über Landwirtschaft, sondern auch über den Naturschutz. Der erste Punkt, der mir sehr wichtig ist: Es gibt ein Programm, das schon von der alten Landesregierung aufgelegt worden ist, ein Programm, das mindestens eine Generationen-Aufgabe ist, nämlich das Programm der IBA, die Rückführung eines verseuchten Flusses, der Emscher, in einen normalen Fluß.

Dieses Programm ist notwendig, sinnvoll und richtig für die Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen und im Ruhrgebiet.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Deshalb wird dieses Programm auch gemeinsam von der rot-grünen Regierung als Perspektive für die Menschen im Ruhrgebiet, als Zukunftsperspektive in diesem Land weitergeführt. Ich werde alles tun und alle Anstrengungen unternehmen, um im Bereich des Wasserschutzes, im Bereich des Naturschutzes meinen Beitrag für dieses Programm zu leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(Ministerin Höhn)

(A) Wir haben einen weiteren Bereich, nämlich das Ziel der flächendeckenden Biostationen. Auch hier sind Erfolge erreicht worden. Wir stehen unmittelbar vor dem Abschluß der Errichtung der biologischen Station im Kreis Steinfurth, im Kreis Düren und der Neuaufnahme der Förderung in Solingen. Insgesamt gibt es mittlerweile 26 Einrichtungen, bei denen vor Ort ein enormes Engagement vorhanden ist, gerade auch im ehrenamtlichen Bereich.

An diesem Ort sei gesagt: Naturschutz und Umweltschutz braucht viele ehrenamtliche Menschen, die begeistert und bereit sind, sich für diesen Bereich zu engagieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden alles tun, um dieses Potential zu wecken und im Sinne der Sache zu verstärken.

Ein letzter Punkt - ein gutes Projekt, das gerade auf den Weg gebracht worden ist, auch über diesen Haushalt -: Wir werden im nächsten Jahr eine - einmalig für die Bundesrepublik Deutschland - Dokumentation des Naturschutzes einrichten, und zwar auf der Drachenburg in Königswinter, dem ältesten Naturschutzreservat der jetzigen Bundesrepublik Deutschland.

(B) Meine Damen und Herren! Wir schweigen nicht, wir - Sozialdemokraten und GRÜNE zusammen - machen Politik. Sie werden sich noch wundern, was wir alles auf die Beine stellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren! Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann **schließe ich die Beratung zum Einzelplan 10.**

Wer der Beschlußempfehlung, dem **Einzelplan 10** in der vorliegenden Fassung **zuzustimmen**, entsprechen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der **Einzelplan 10** mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen.**

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Ich weise hin auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/1605 und **eröffne die Beratung.**

(C) Als erstem Redner erteile ich für die Fraktion der SPD Herrn Kollegen Degen das Wort.

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir über den Einzelplan 05 reden, dann sprechen wir über ein Fünftel des Landeshaushaltes, nämlich über 19 Milliarden DM. Dieser Einzelplan 05 ist wahrlich kein Sparhaushalt, aber er ist mit einer Steigerung von 1,7 % ein sparsamer und ein verantwortungsvoller Haushalt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Situation im Bildungsbereich ist gekennzeichnet einerseits durch den Anstieg der Schülerzahlen um 1,9 % auf nahezu 2,6 Millionen Schüler³ in unserem Lande und andererseits durch die Festschreibung der Zahl der Lehrerstellen auf 139 672.

Wir werden keine zusätzlichen Stellen schaffen. Das gibt die Finanzlage des Landes nicht her. Ich meine aber, daß wir ein Konzept gefunden haben, die Situation angemessen zu meistern.

In einem Dialog, der über mehrere Monate angelegt war, hat die Ministerin mit den Lehrerverbänden über ein mittelfristiges Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung gesprochen und ein solches Konzept erarbeitet. Es umfaßt ein Bündel differenzierter Maßnahmen - von einer differenzierten Pflichtstundenerhöhung über Vorgriffsstunden, für die im Rahmen des Lebensarbeitszeitkontos ein Ausgleich gewährt wird, bis zum bedarfsdeckenden Unterricht für Lehramtsanwärter, die damit auch ein wenig mehr an Praxis in der zweiten Phase der Ausbildung mitbekommen.

(D) Nun haben wir mit diesem Haushalt zum ersten Mal eine differenzierte Umsetzung eines Teiles dieser Maßnahmen. Das Wesentliche dabei ist für mich, daß wir zusätzliche Stellen erwirtschaften, die gezielt für pädagogisch sinnvolle Maßnahmen in den Schulbereich zurückgegeben werden können.

Ich habe Verständnis dafür, daß die Lehrerverbände diesem mittelfristigen Konzept ihre Zustimmung nicht geben konnten; denn das verlangt schon ihr Selbstverständnis. Aber bei zahlreichen Veranstaltungen im Lande zum Thema der Denkschrift "Umsetzen des Hauses des Lernens" habe ich bei den Lehrerinnen und Lehrern viel Verständnis für diese Notmaßnahmen gefunden und die Bereitschaft, weiterhin an der Umsetzung der Denkschrift mitzuarbeiten und Reformen in unserem Lande mitzutragen. Dafür möchte ich mich bei den